

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 278

Dienstag, den 26. November 1929

102. Jahrgang

Das Ergebnis des Volksbegehrens

Das endgültige Resultat

11. Berlin, 26. Nov. Der Reichswahlauusschuss stellte einstimmig fest, daß zu dem Volksbegehren 4 135 300 ungewisselt gültige Eintragungen erfolgt sind. Er stellte ferner fest, daß damit die erforderliche Zahl von Eintragungen, nämlich mindestens 10 v. H. aller Eintragungsberechtigten, erreicht ist. Der Ausschuss fasste dann noch folgende Beschlüsse: Zurücknahme von Eintragungen ist unzulässig. Eintragungen, die außerhalb der von den Gemeindebehörden bestimmten Anstalten und bekanntgegebenen Eintragungsräumen vollzogen wurden, sind ungültig. Die erforderliche Zahl ist um etwa 8000 Eintragungen überschritten.

Die gültigen Eintragungen verteilen sich wie folgt:

1. Wahlkreis Ostpreußen 319 000 Eintragungen, 23,79 vom Hundert der Stimmberechtigten; 2. Berlin 95 646 (6,21); 3. Potsdam 2 130 040 (10,16); 4. Potsdam 1 190 583 (15,00); 5. Frankfurt a. Oder 201 232 (10,05); 6. Pommern 335 757 (32,91); 7. Breslau 164 201 (13,31); 8. Pommern 109 943 (13,92); 9. Opper 61 991 (7,53); 10. Magdeburg 181 437 (13,56); 11. Merseburg 174 341 (13,59); 12. Thüringen 241 378 (16,38); 13. Schleswig-Holstein 140 857 (13,53); 14. Westfalen 112 045 (11,71); 15. Ost-Hannover 134 532 (19,80); 16. Süd-Hannover-Braunschweig 143 739 (11,04); 17. Westfalen-Nord 59 881 (3,85); 18. Westfalen-Süd 51 159 (3,19); 19. Hessen-Nassau 89 670 (5,45); 20. Köln-Aachen 13 881 (1,31); 21. Koblenz-Trier 9916 (1,28); 22. Düsseldorf-Ost 29 370 (2,01); 23. Düsseldorf-West 85 412 (3,16); 24. Oberbayern-Schwaben 69 101 (4,90); 25. Niederbayern 19 522 (2,46); 26. Franken 215 070 (13,27); 27. Pfalz

16 691 (2,83); 28. Dresden-Bautzen 122 704 (9,45); 29. Leipzig 82 397 (8,98); 30. Chemnitz-Zwickau 198 449 (15,90); 31. Württemberg 110 546 (6,44); 32. Baden 33 008 (2,21); 33. Hessen-Darmstadt 27 700 (3,03); 34. Hamburg 35 650 (4,02); 35. Mecklenburg 122 752 (20,86). Das sind zusammen 4 135 300 oder 10,02 vom Hundert.

Die ungültigen Eintragungen.

Nach dem im Büro des Reichswahlleiters getroffenen Feststellungen sind im gesamten Eintragungsgebiet 4 135 300 ungewisselt gültige und 24 326 ungültige und zweifelhaft gültige Eintragungen vollzogen. Von den 24 326 ungültigen und zweifelhaft gültigen Eintragungen sind 3119 Eintragungen von den Abstimmungsauusschüssen für gültig und 21 207 Eintragungen für ungültig erklärt worden.

Die Vorbereitungen für den Volksentscheid.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben ersucht, die Gemeindebehörden anzuweisen, unverzüglich mit der Anlegung der Stimmkarteien und Stimmlisten für einen Volksentscheid am 22. Dezember zu beginnen. Die Vorbereitungen sollen so beschleunigt werden, daß die Stimmkarteien vom 8. bis 15. Dezember zur allgemeinen Einsicht ausgelegt werden können. In den Ländern, in denen erst kürzlich Landtags- oder Kommunalwahlen stattgefunden haben oder noch vor dem Volksentscheid stattfinden werden, wo also die Stimmkarteien und Stimmlisten lediglich auf den Stichtag des 22. Dezember zu berichtigen und zu ergänzen sind, wird die Auslegungssfrist nach den Vorschlägen der beteiligten Landesregierungen bemessen werden.

Vorbereitungen zum Volksentscheid

Die Reichsregierung zum „Freiheitsgesetz“

11. Berlin, 26. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Reichswahlauusschuss festgestellt hat, daß das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ zustande gekommen ist, hat der Reichsminister des Innern auf Beschluß der Reichsregierung den Gesetzentwurf heute dem Reichstag unterbreitet.

In dem Vorlage schreiben wird der äußere Verlauf des bisherigen Verfahrens geschildert. Dem Schreiben sind vier Anlagen beigelegt, der Gesetzentwurf, die Bekanntmachung des Reichswahlleiters über das endgültige Ergebnis des Eintragungsverfahrens, die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf sowie eine gutachtliche Äußerung zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfes.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Entwurf eines „Gesetzes gegen die Verklammerung des deutschen Volkes“ lautet:

„Das Volksbegehren macht den Versuch, die Linien der deutschen Außenpolitik für die Zukunft in weitem Umfang durch ein Reichsgesetz festzulegen. Ein derartiger Eingriff in die Handlungsfreiheit der Reichsregierung ist schon an sich ein Beginn, das mit einer gesetzlichen Führung der Staatsgeschäfte unvereinbar ist.

Noch ernster sind die Bedenken, die gegen den Inhalt der einzelnen Bestimmungen des begehrten Gesetzentwurfes sprechen. Der Entwurf ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß durch den einseitigen schriftlichen Widerruf der Bestimmungen des Vertrags von Versailles über die Schuld am Krieg eine neue Grundlage für die Erreichung der Ziele der deutschen Außenpolitik geschaffen werden könne und müsse. Er geht davon aus, daß auf dieser Grundlage die förmliche Beilegung jener Vertragsbestimmungen die sofortige und bedingungslose Befreiung der besetzten Gebiete und eine vorzeitige Regelung der Reparationsfrage zu erzielen sei. Diese Annahme ist falsch.

Jede deutsche Regierung hat den einseitigen Schuldspruch des Vertrags von Versailles in feierlichen Erklärungen zurückgewiesen und mit fortschreitendem Erfolg die gegebenen Möglichkeiten benützt, um die Welt über die wahren Ursachen des Krieges aufzuklären. Die Reichsregierung wird selbstverständlich auch in Zukunft alles, was in ihrer Macht steht, tun, um die Kriegsschuldfrage zur endgültigen Lösung zu bringen. Sie muß jedoch in der Wahl der Mittel und des Zeitpunktes ihrer Anwendung die Entscheidungsfreiheit behalten.

Die deutsche Außenpolitik hat in den vergangenen Jahren ihr ganzes Bemühen darauf gerichtet, den Anspruch Deutschlands auf alsbaldige Befreiung der besetzten Gebiete durchzusetzen. Es hat sich erwiesen, daß sie ohne gleichzeitige Neuregelung der Reparationsfrage nicht möglich war. Die Forderung von den auf der Haager Konferenz getroffenen Vereinbarungen würde deshalb die Klammerung des Rheinlandes völlig ins Ungewisse stellen und eine schnelle Regelung der Saarfrage unmöglich machen.

In der Entwicklung der Reparationsfrage steht die Reichsregierung den Bericht der Sachverständigen vom

7. Juni 1929 trotz ihrer schweren Bedenken gegen die darin vorgesehene Belastung Deutschlands als einen Fortschritt gegenüber der jetzt geltenden Regelung an. Eine endgültige Stellungnahme zu dem Bericht, sowie die Würdigung seiner Einzelheiten muß vorbehalten bleiben, bis die im Gang befindlichen internationalen Verhandlungen über seine Inkrassierung abgeschlossen sind. Schon jetzt kann aber festgesetzt werden, daß der Bericht eine Ermäßigung der deutschen Zahlungen und die Befreiung der fremden Ansichtsinstanzen vorschlägt. Aus diesem Grund hat sich die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des Reichstags entschlossen, auf der Grundlage des Plans in die internationalen Verhandlungen einzutreten. Sie ist auch heute noch der Ueberzeugung, daß die Rückkehr zu der Regelung des Dawesplans für Deutschland eine sehr viel schwerere Belastung bedeuten würde.

Die Strafbestimmung des Entwurfes will grundsätzliche Entschließungen der deutschen Außenpolitik dem Urteil des Strafrichters unterstellen. Darüber hinaus soll diese Bestimmung aber, wie ihre Begründung zeigt, dem Ziel dienen, die bisherige deutsche Außenpolitik und ihre verantwortlichen Träger zu entehren.

Die Kontrolle über die Führung der Politik durch Reichskanzler und Reichsminister liegt verfassungsmäßig beim Reichstag. Von seiner Entscheidung in Form des Misstrauensvotums oder der Ministeranklage ist die Fortsetzung der Politik abhängig. Die Fuchthansandrohung des Entwurfes mit ihren strafrechtlichen Nebenwirkungen bedeutet die Umformung eines rein politischen Tatbestandes in einen kriminellen; mit ihr wird bewirkt das Ziel verfolgt, den verfassungsmäßigen Kontrollen der Reichspolitik die einschlagende Bedeutung zu nehmen. Das ist mit dem Sinn und Zweck des parlamentarischen Systems nicht vereinbar.

Bei der Annahme des Gesetzentwurfes würde sich sofort erweisen, daß auf seiner Grundlage eine den deutschen Interessen dienende Führung der Außenpolitik unmöglich ist. Die in den vergangenen Jahren wiedererrungene Stellung Deutschlands wäre zerstört; jede Aussicht auf die Verwirklichung der in dem Entwurf festgestellten Ziele wäre abgeschnitten. Diese Ziele können wie bisher auch in Zukunft nur auf dem Wege der Verständigungspolitik erreicht werden. Die Reichsregierung spricht sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Annahme des Gesetzentwurfes aus.

Die gutachtliche Äußerung zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des „Freiheitsgesetzes“ führt aus:

„Der Gesetzentwurf ist verfassungsändernd.“

Die Bestimmung des § 1 verpflichtet die Reichsregierung, den auswärtigen Mächten in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages völkerrechtlich unverbindlich ist. Damit wird die Reichsregierung beauftragt, eine völkerrechtlich rechtserhebliche Erklärung für das Reich abzugeben. Das steht im Widerspruch mit Art. 45 der Reichsverfassung, nach dem der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt und somit ausschließlich befugt ist, völkerrechtliche Erklärungen für das Reich abzugeben.

Tages-Spiegel

Der Reichswahlauusschuss hat festgestellt, daß das Volksbegehren 8000 Eintragungen über die erforderliche Zahl hinaus erreicht hat; das „Freiheitsgesetz“ kommt also vor den Reichstag.

Die Reichsregierung hat ihre ablehnende Stellungnahme zum Gesetzentwurf „Freiheitsgesetz“ dem Reichstag zu gehen lassen.

Als Vorspiel zur Reichstagsitzung am Mittwoch fand eine Ministerberatung über den Staatsplan und eine Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern über die Behandlung des „Freiheitsgesetzes“ statt.

In Essen ereignete sich eine schwere Gasexplosion, der bis jetzt drei Tote zum Opfer gefallen sind.

Das belgische Kabinett Jaspar ist zurückgetreten, da eine Einigung über die Flamenfrage nicht zu erzielen war.

Der chinesische Marschall Feng hat seine Offensive gegen die Nanking-Regierung abgebrochen. Man vermutet, daß er mit Geld abgefunden worden ist.

Der Entwurf enthält Eingriffe der Gesetzgebung in die auswärtige Politik. Damit steht er im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Trennung der Gewalten, auf dem die Reichsverfassung beruht. Nach der Verfassung ist es Sache des Reichspräsidenten, völkerrechtliche Akte vorzunehmen (Art. 45 der Reichsverfassung) und Sache des Reichskanzlers, die Richtlinien der Politik zu bestimmen (Art. 56). Nach dem Entwurf soll die Gesetzgebung die Initiative für einen den auswärtigen Mächten gegenüber namens des Reiches vorzunehmenden völkerrechtlichen Akt ergreifen (§ 1), soll Richtlinien für die Reichspolitik aufstellen (§ 2) und soll die Initiative der berufenen Organe in bestimmter Hinsicht ausschließen (§§ 3 und 4).

Zur Annahme des Gesetzes durch Volksentscheid ist demnach gem. Art. 76, Abs. 1, Satz 4 der Reichsverfassung die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

Die Deutschrussen dürfen auswandern

11. Berlin, 26. Nov. Wie Berliner Blätter aus Moskau melden, hat der Rat der Volkskommissare in seiner Sitzung am Montag beschlossen, den noch vor Moskau und Leningrad befindlichen deutschen Kolonisten die Auswanderungserlaubnis nach Deutschland zu erteilen. Unter den deutschen Kolonisten rief die Nachricht, daß sie nun doch noch auswandern dürften, die größte Freude hervor. Der Beschluß wurde dem deutschen Botschafter sofort mitgeteilt.

Furchtbares Explosionsunglück in Essen

Eine Markthalle zerstört.

11. Essen, 26. Nov. Ein furchtbares Explosionsunglück ereignete sich am Montag morgen gegen 10 Uhr auf dem Weber-Platz, im Zentrum der Altstadt Essen, wo gerade Markt abgehalten wurde. Die Explosion ist offenbar auf das Untertreten einer Gasleitung zurückzuführen. Mit furchtbarem Getöse stürzte ein auf dem Weberplatz stehendes massives, einstöckiges Marktgebäude zusammen. Durch die Gewalt der Explosion wurden auch die umliegenden Häuser im Umkreis bis zu 100 Metern, insbesondere die gegenüberliegende 10 Meter entfernte Häuserreihe, schwer beschädigt. Nahezu sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert. Schwere Steine des zusammenstürzenden Gebäudes wurden in die Wohnungen und Läden geschleudert. Die Unglücksstelle bietet ein Bild wüster Zerstörung.

Der Polizeibericht über das Explosionsunglück teilt mit, daß drei Personen getötet worden sind, während 21 Personen verwundet in Krankenhäusern Aufnahme fanden.

Nach den Mitteilungen der zuständigen Stellen hat sich die Ursache des Unglücks noch nicht feststellen lassen. Die Ermittlungen sind dadurch sehr erschwert, daß der Kaufmann Löwenthal, der in dem zerstörten Gebäude ein Haushaltswarengeschäft betrieb, seine beiden Söhne und zahlreiche andere Personen, die vielleicht wertvolle Angaben machen könnten, verletzt und zum größten Teil vernehmungsunfähig sind. Festzustellen scheint, daß der Explosionsherd im Keller des Gebäudes liegt.

Die Kämpfe im Fernen Osten

Rascher Vorstoß der Russen an der ostchinesischen Bahn.
11. Tokio, 26. Nov. Nach Meldungen aus Chabin hat die rote Kavallerie am Sonntag das Hauptquartier der chinesischen Armee Mulin (zwischen Chabin und Pogranitschnaja) an der ostchinesischen Bahn erreicht. Die russischen Truppen sollen bei der Einnahme von Tschailar mehr als 10 000 Gefangene gemacht haben. Die rote Armee nahm viele Weißgardisten gefangen und erschloß sie ohne Gerichtsverfahren.

Vor der völligen Räumung der zweiten Zone

M Koblenz, 25. Nov. Am Samstag morgen wurde die letzte französische Gendarmereistation im Bezirk Koblenz in Boppard eingezogen, nachdem im Laufe des Freitag die französischen Gendarmereistationen Eochem und Mayen abgezogen waren. Damit ist das besetzte Gebiet des Reglementsbezirks Koblenz, soweit die zweite Zone in Frage kommt, von der Besatzung frei. In Koblenz bleiben noch bis zum nächsten Samstag ein Bataillon des Infanterieregiments 151 und die Gendarmere zurück. Zum Zeichen der völligen Räumung der ganzen zweiten Zone wird am kommenden Sonntag die Tricolore von der Festung Ehrenbreitstein heruntergeholt werden.

Um das Kontrollrecht Frankreichs im Rheinland. Im Zusammenhang mit Veröffentlichungen der „Rölnischen Zeitung“ über die Zerstörung der angeblich militärischen Zwecken dienenden Bahnbauten wird von Berliner zuständiger Stelle auf die Schlussfolgerungen des genannten Blattes, Frankreich werde auch nach Ablauf des zwölfjährigen Bauprogramms das Kontrollrecht im Rheinland einschließlich der 50 Kilometerzone haben, erklärt, daß Frankreich wohl auf Grund des Artikels 43 nach dieser Frist Einwände erheben könne. Um Bauten auszuführen, sei die Einholung einer Erlaubnis jedoch nicht erforderlich. Die Franzosen müßten den Nachweis führen, daß diese Bauten den im Artikel 43 erwähnten Zwecken dienen.

Entschliessungen des Kasseler Parteitag

Der Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Kassel nahm in seiner letzten Vollversammlung mehrere Entschliessungen an. In einer Entschliessung wird schärfster Einspruch gegen den aus der polnischen und der deutschen Presse bekanntgewordenen Inhalt des durch den deutschen Gesandten Rauscher paraphrasierten deutsch-polnischen Liquidationsvertrags erhoben, ebenso gegen die Absicht des Reichsministers Dr. Curtius, den zollpolitischen Schutz gegen Polen in wichtigen Punkten preiszugeben. Ebenso wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der die sofortige Rückgliederung des Saargebietes und die Räumung der Rheinlande verlangt wird. Die Saarverhandlungen sollen unter folgenden Bedingungen geführt werden: Vor den wirtschaftlichen Verhandlungen, die politische Rückgliederung kein Verzicht auf ein Stück deutschen Bodens, bedingungslose Rückgabe der Saargebiete an Preußen und Bayern, unbedingte Ablehnung einer Beteiligung französischer Kapital, keine Regelung auf Kosten der Landwirtschaft und keine Übernahme irgend eines durch sein politisches Verhalten belasteten Beamten. Die Deutschnationale Volkspartei danke den Freunden an der Saar für ihr standhaftes Ausbleiben und sichere ihnen stärkste Unterstützung in ihren Lebensfragen zu.

Die Bombenattentate in Schleswig-Holstein aufgeklärt

Auch das Sprengstofflager der Bombenattentäter gefunden. M. Altona, 25. Nov. Der Berliner Untersuchungsrichter in der Bombenangelegenheit, Landgerichtsdirektor Dr. Majur, machte vor Pressevertretern weitere Ausführungen über den Stand der Untersuchungen. Bei dem ersten Lüneburger Anschlag in der Nacht zum 1. August auf die Villa des Rechtsanwalts Dr. Strauß waren beteiligt: Visk, Lohmann und Becker; ebenfalls an dem Anschlag auf die Landkrankenkasse in derselben Nacht; während Visk und Lohmann die Sprengkörper legten, hatte Becker den Kraftwagen, in dem sie gekommen waren, bewacht. Bei dem dritten Anschlag auf das Regierungsgelände in der Nacht zum 6. September dieses Jahres waren Visk, Becker und Mancke beteiligt. Mancke hatte im letzten Augenblick für den Landwirt Lohmann einspringen müssen, da dieser infolge Kalbens einer Kuh auf seinem Hof unachtsamlich war. Zu den Lüneburger Anschlägen waren Hüllenmaschinen verwendet worden, die aus der Bombenwerkstatt von Schmidt-Kappengast in Hamburg stammten. Alle vier Täter haben ein volles Geständnis zu Protokoll gegeben. Es ist daher gegen alle auf Grund des § 7 des Sprengstoffgesetzes Haftbefehl erlassen worden. Amandus Visk hat außerdem eingestanden, auch die beiden Handgranaten geliefert zu haben, die bei dem Sprengstoffanschlag in Wesselsburen im April d. J. verwendet worden sind. Nachdem die Bombenwerkstatt in Hamburg entdeckt worden war, ist es nunmehr gelungen, das Sprengstofflager der Attentäter aufzufinden. Es befand sich auf dem einsam gelegenen Anwesen des Hofbesizers Peter Holländer in Karlumfeld, Kreis Niebüll. Bei der polizeilichen Durchsuchung ist jedoch kein Sprengstoff mehr gefunden worden.

Der Wiener Verfassungskampf beendet

Wie die „Wiensche Zeitung“ aus Wien berichtet, sind die Kompromißverhandlungen des Bundeskanzlers Schober mit der sozialdemokratischen und den bürgerlichen Parteien in der Verfassungsfrage erfolgreich zu Ende geführt worden. Wien wird unmittelbare Bundeshauptstadt, behält aber seine Länderrechte bei. Die Gemeindepolizei geht wieder in die Bundespolizei über. Ferner willigt Wien in gewisse Budgetlöcher zugunsten von Niederösterreich. Das Verordnungsrecht des Bundespräsidenten wird eine Fassung erhalten, die eine ausreichende Garantie gegen jeden Mißbrauch gewährt. Über dieses Kompromiß wird zunächst die sozialdemokratische Reichskonferenz Beschluß fassen.

Der Russeneinfall in die Mandschurei

Appell an die Kelloggpaßmächte. M. London, 25. Nov. Sowjetrussische Flugzeuge haben nach Moskauer Meldungen auf die Stadt Pailat, 125 Meilen von Mandschuk entfernt, Bomben abgeworfen. Für die Berichte, wonach die Sowjettruppen eine große Anzahl von Arbeitern in Dalai-Nor niedergemetzelt haben sollen, liegt eine Bestätigung noch nicht vor. Der Bezirk zwischen Mandschuk und Tschalan ist von den Sowjettruppen besetzt worden. Von zahlreichen öffentlichen Körperschaften in der Mandschurei sind Telegramme an die Unterzeichnermächte des Kelloggpaßes gerichtet worden, in denen die Aufmerksamkeit der Mächte auf die durch den Einmarsch der russischen Truppen in die Mandschurei entstandene Lage gerichtet wird. Nach einer Meldung aus Moskau wird dort die Nachricht von der Besetzung der Städte Mandschuria und Tschalanor durch die Rote Armee bestätigt. Die beiden Städte sollen durch die Bombenabwürfe russischer Bieger völlig zerstört worden sein.

Parteitag der bayrischen Volkspartei

Eine Einheitsfront Zentrum-Bayrische Volkspartei

München, 25. Nov. Auf dem Parteitag der Bayrischen Volkspartei ist es zu einer Annäherung mit der Zentrumspartei gekommen, welcher allgemeine Bedeutung zugemessen wird. Nachdem Dr. Held und Finanzminister Schmelzle gegen die Reichsreform polemisiert hatten, berichtete Prälat Leicht über die Reichspolitik und erklärte dabei zur Frage der Ehegesundheitsreform, Zentrum und Bayrische Volkspartei seien völlig einig, daß die jetzige Reichskoalition für sie nicht mehr bestehe, wenn gegen ihren Willen und gegen ihre Weltanschauung die Dinge im Reichstag weitergehen sollten. Solange noch ein deutsches Gefühl in uns lebe, sollten jetzt alle anderen Fragen vor den außenpolitischen Entscheidungen zurücktreten. Die Frage der Annahme des Youngplans könne heute noch nicht abschließend beurteilt werden. Für den Volksentscheid gelte die Parole: Wir beteiligen uns nicht. Auch die Frage der Finanzreform sei nicht so vordringlich, daß sie morgen gelöst werden müsse. In der Zusammenballung von Problemen, wie Youngplan, Finanzreform, Verhältnis zwischen Reich und Ländern, Kulturproblemen liege eine Erschwerung, die am Ende überhaupt nicht mehr gemeistert werden könne.

Reichsminister a. D. Dr. Bell betonte, die Auffassung des Zentrums zum Youngplan decke sich restlos mit den Darlegungen des Abgeordneten Leicht. Das Zentrum werde auf das gewissenhafteste die Vorteile und Nachteile des Youngplans abwägen und sich nur von dem Wohl des Reiches und Volkes leiten lassen. Ebenso werde es sich auch die endgültige Stellungnahme zum deutsch-polnischen Handelsvertrag vorbehalten. Der Einheitsfront zwischen Abspalt-Liberalismus und Sozialismus müsse man in den Kulturfragen eine Einheitsfront zwischen Zentrum und Bayrischer Volkspartei

schuli und Tschalan ist von den Sowjettruppen besetzt worden. Von zahlreichen öffentlichen Körperschaften in der Mandschurei sind Telegramme an die Unterzeichnermächte des Kelloggpaßes gerichtet worden, in denen die Aufmerksamkeit der Mächte auf die durch den Einmarsch der russischen Truppen in die Mandschurei entstandene Lage gerichtet wird.

Nach einer Meldung aus Moskau wird dort die Nachricht von der Besetzung der Städte Mandschuria und Tschalanor durch die Rote Armee bestätigt. Die beiden Städte sollen durch die Bombenabwürfe russischer Bieger völlig zerstört worden sein.

Kleine politische Nachrichten

9000 Volksbegehristimmen in Ostpreußen ungültig. Die Pressestelle des Oberpräsidiums in Königsberg teilt mit: Der Abstimmungsaußschuß hat beschlossen: Es werden in Ostpreußen rund 919 000 Eintragungen für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ für gültig erklärt. Die Entscheidung darüber, ob die noch verbleibenden rund 11 000 Eintragungen gültig sind oder nicht, bleibt einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Hierzu erfährt die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite, daß voraussichtlich etwa 8-9000 von den genannten restlichen 11 000 Eintragungen für ungültig erklärt werden dürften.

Todesstrafe für oppositionelle Sowjetführer. Nach Meldungen aus Moskau hat das Kollegium der OGPU, den ehemaligen Botenratsrat der Sowjetunion in Paris, Bessedowitsch, zum Tode verurteilt. Das Eigentum Bessedowitsch in der Sowjetunion wurde beschlagnahmt. Außerdem hat die OGPU angeordnet, daß der Vorsitzende der Russischen Staatsbank, Schirinmann, der sich in Berlin aufhält, sofort nach Moskau zurückkehren solle, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Mehrere Beamte der russischen Handelsvertretungen in Konstantinopel und Athen sind wegen großer Unterschlagungen vom Obersten Gericht der Sowjetunion gleichfalls zum Tode verurteilt worden. Die Urteile konnten aber nicht vollstreckt werden, weil die Beamten es abgelehnt haben, die Reise nach Moskau anzutreten.

Arbeiterkonferenz in Washington. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Hoover veröffentlichte nach einer bedeutungsvollen Unterredung mit den Arbeiterführern eine Erklärung, daß die amerikanischen Arbeiter vorläufig keine Lohnverhöhungen fordern sollten, während die Arbeitgeber sich verpflichten, keine Lohnermäßigungen vorzunehmen. In den nächsten Tagen sollen 150 bis 200 führende Fabrikanten und Geschäftsleute in Washington zusammenberufen werden, um einen geschäftsführenden Ausschuß zur Förderung und Festigung des Wirtschaftslebens zu wählen.

Aus aller Welt

Der Zusammenbruch des Bankhauses Würtle in Freiburg. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß die Unterschlagung von Wertpapieren, Depotveruntreuungen, Fälschungen und Bilanzverschleierungen bis auf das Jahr 1925 zurückgehen. Der Hauptgläubiger, der Bankler Liebers in Lugano, verliert über 25 Millionen Mark. Eine Höchstschätzung der Passiven ergibt einen Verlust von rund 4 Millionen Mark. Neben dem genannten Hauptgläubiger sind viele andere Geschäftsleute, Beamte und Geistliche geschädigt. Der deutsche Caritasverband teilt mit, daß sein Verlust nur gering sei, weil die Bank lediglich die laufenden Geschäfte in Freiburg erledigte. Die Ansicht, daß die

Schnupfen

kann man nicht immer verhüten, aber immer erfolgreich bekämpfen mit —

Forman

entgegenstellen und zum Angriff übergehen. Über alle Koalition hinaus gehe die christliche Kultur.

Zur Frage des Youngplans nahm die Landesversammlung einmütig eine Entschliessung an, in der es begrüßt wird, daß die Partei sich völlige Freiheit gegenüber dem Youngplan bewahrt habe. Seine Annahme erscheine nicht mehr vertretbar, wenn die Räumung der dritten Zone nicht gesichert, die Verhandlungen über das Schicksal des Saargebietes unbefriedigend verlaufen und wenn der Youngplan zur Aushungerung der Länder und Gemeinden gebraucht würde. In einer besonderen Willensfundgebung wurde hinsichtlich der Saar gefordert, daß einzig und allein ihre Rückkehr zu den Ländern Bayern und Preußen nach dem territorialen Stand vor der Schaffung des Saargebietes erfolgen dürfe. Einstimmige Annahme fand ein vom Kreisverband Pfalz eingebrachtes Programm wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen für die notleidende Pfalz und ein Antrag, der für die bayrische Ostmark verbilligte Wirtschaftskredite, Ausbau der Verkehrswege usw. forderte.

Zur Frage der Reichsfinanzreform nahm die Landesversammlung der Bayrischen Volkspartei eine Entschliessung an, in der die bisher bekannt gewordenen Pläne als eine Steuerverschiebung zuungunsten der großen Zahl der Steuer-schwachen abgelehnt und als verschleierte Kampfmittel gegen Länderstaatlichkeit und Gemeindefeldverwaltung bezeichnet werden. Die Bayrische Volkspartei werde mit allen gesetzlichen Mitteln Steuerpläne, die ein einzelnes Land besonders schwer treffen, wie die Biersteuer und die beabsichtigte Verschlechterung des Finanzvergleichs, bekämpfen. Bei der Reform der Reichsfinanzen müsse zunächst die Befreiung der Industriebelastung, des Rentenbankzinses und dann eine Reform der Hauszinssteuer gefordert werden. Den Ländern und Gemeinden müsse eine erhöhte finanzielle Bewegungsfreiheit gewährt werden.

Gläubiger aus der Konkursmasse mit etwa 40 v. H. befriedigt werden würden, wird als sehr optimistisch bezeichnet.

Eine neue Verhaftung bei Düsseldorf

Wie aus Düsseldorf berichtet wird, verhaftete die Mettmanner Kriminalpolizei einen 29 Jahre alten Mann unter dem Verdacht, an den Düsseldorf Nordfällen beteiligt zu sein. Es handelt sich um einen Menschen, auf den angeblich die Beschreibung des Täters genau paßt. Im übrigen ist bisher nicht bekannt geworden, welcher Beschäftigung der Verhaftete nachgeht. Er fuhr meistens vormittags mit einem Rad und einem Rucksack aus Mettmann fort und kam abends zurück. Als die Kriminalbeamten in seine Wohnung eindrangen, empfing er sie mit den Worten: „Sie suchen wohl den Düsseldorf Mörder?“ Bei der sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man unter anderem einen Frauenbadeanzug. Auf der Wache erklärte er: „Ich bin ein zweiter Moses, ich bin mehr als Luther.“ Die Düsseldorf Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und entsandte zwei Beamte, die den Verhafteten zur weiteren Vernehmung mit nach Düsseldorf nahmen. Bei dem Stelzer handelt es sich offenbar um einen anormalen Menschen. Er ist am 14. April 1900 geboren und kam 1926 aus Breslau nach Wülfrath. Von hier aus wandte er sich nach Mettmann, wo er seit 1927 wohnt. Seit einem Jahr ist Stelzer ausgeteuerter Erwerbsloser. Trotzdem bezahlt er seine Miete stets im Voraus. Was er eigentlich treibt, wußte bisher niemand. Er redete stets über große Probleme, schrieb Briefe an Hindenburg, den päpstlichen Nuntius usw., die aber, da er sie stets unfrankiert absandte, zurückkamen. Religiöse Fragen behandelte er stets in Gedichtform und gab sie den Leuten zu lesen. Bei der Hausdurchsuchung fand man die verschiedenartigsten Sachen, die darauf hindeuten, daß Stelzer anormal veranlagt ist. In seinem Zimmer wurde außerdem ein blutbefleckter Rock gefunden. Man fand auch eine Reihe von Photographien, die Stelzer in den verschiedenartigsten Verkleidungen, darunter auch in Frauenkleidern, darstellte. Eines der Bilder, das seine „Braut“ darstellt, ist mit verschiedenen Bemerkungen versehen. Nicht neben diesen Bemerkungen ist aufgezeichnet, wie der Braut der Kopf abgehauen wird. Bemerkenswert ist noch, daß im Jahre 1926, also zu einer Zeit, zu der Stelzer noch in Breslau weilte, zwei Kinder in Breslau ermordet wurden. Der Täter konnte bisher nicht gefast werden.

Überfall auf zwei junge Mädchen bei Trier

Bei Trier wurden abends zwei junge Mädchen, die mit dem Rad auf dem Heimweg aus der Stadt waren, in der Nähe von Beven von einem Mann in der Dunkelheit angefallen. Er riß eine von ihnen vom Rad und stach mit dem Messer auf sein Opfer ein. Glücklicherweise gingen die meisten Stiche fehl, so daß nur eine leichte Verletzung an der Schulter festgestellt wurde. Die beiden Mädchen versuchten, sich des Täters zu erwehren, der schließlich, als die Richter eines Kraftwagens auftauchten, quer über die Felder hinweg das Weite suchte. Die von der Polizei aufgenommenen Ermittlungen waren bisher erfolglos.

Eine Nonne während des Gebetes erschossen

In der Klosterkirche der Felizianerinnen in Lemberg ist während des Bessergottesdienstes eine 23jährige Nonne von der 19jährigen Seminaristin Olga Netlow durch drei Revolver-schüsse getötet worden. Die größtes Aufsehen erregende Bluttat ist von der Seminaristin unter dem Einfluß einer anormalen Veranlagung verübt worden. Die junge Nonne, mit der sie früher im Seminar zusammen war, sollte in den nächsten Tagen nach Rumänien versetzt werden. Von Eifersucht getrieben, verschaffte sich Olga Netlow den Revolver ihres Vaters und schloß die Freundin während des Gebetes nieder.

Meuterei auf einem englischen Dampfer

Auf Notsignale des britischen Dampfers Baron Elcho, dessen Besatzung gemeutert und den Kapitän überfallen hatte, sind 4 Zerstörer von Malta angelaufen. Der „Baron Elcho“ soll u. a. Kokain an Bord führen. Die Position des Schiffes ist nicht angegeben. Der Zunker berichtet, daß Anstrengungen gemacht würden, ihn zu ermorden. Dringende Hilfe sei notwendig. Er sei zu schwach, um weiterhin Wache zu halten.

Aus Württemberg

Zuchthaus für Luftfahrtspionage.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hat das Urteil in dem großen Landesverratsprozess gegen Ludwig und Genossen gefällt, der über zwei Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Es handelte sich um Verrat von geheim zu haltenden Konstruktions- und anderen Plänen aus dem Flugzeugbau. Die Anklage lautete auf Verrat militärischer und industrieller Geheimnisse. Es wurden verurteilt: Der Regierungsbaumeister Eduard Ludwig aus Stuttgart zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; der Techniker Eduard Scheibe, leitender Staatsangehöriger, zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und der Photograph Ernst Huttlinger aus Basel, badischer Staatsangehöriger, zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Aus Stadt und Land

Calw, den 26. November 1929.

Der Abschluß der Evangelisationswoche.

Nachdem der Evangelisationsvortrag am Mittwochabend das Thema „eine unheimliche Macht im Menschenleben“ behandelt und zeigte, wie der, der die Macht der Sünde erkannt habe, sich ferner beuge unter die gewaltigere Macht des Kreuzes, das von Sünde und Schuld errette, und nachdem der Vortrag am Donnerstagabend auf die Fragen einging: „Der Tod und — was dann? Gibt es Freiheit von Todesfurcht?“, führte Volksmissionar Voss am Freitagabend unter der Überschrift: „Volkserneuerung oder Volkserntgang“ ungefähr folgendes aus: Die wichtigste Frage eines jeden Volkes, bei dem es um Erneuerung oder Untergang geht, ist: Will es sich vor Höhen beugen oder ist es bereit, dem lebendigen Gott zu dienen? Einst auf dem Landtag zu Sichem entschloß sich das Volk Israel, dem Herrn zu dienen (Josua 24), das war eine Entscheidung zur Volkserneuerung. Nicht immer ist es in Israel gewesen. Was ist es bei uns? Daß eine Erneuerung nötig ist, sieht jeder, und zwar nicht so sehr eine Reform äußerer Verhältnisse und Zustände, als vielmehr eine Erneuerung von innen heraus. Was kann eine evangelische Gemeinde dazu beitragen? Ihre Glieder sollen sich zusammenscharen, um die heiligsten Güter, die heute so oft mißachtet, verhöhnt und mit Füßen getreten werden, zu schützen. Und dann, um nicht bloß hohe Worte vom Kampf zu reden, kann und soll die evangelische Gemeinde auch ganz praktisch zur Volkserneuerung beitragen. Ein Volk besteht aus einzelnen Familien. Wie die Familien, so das Volk. Hier also, im engen, kleinen Kreis der Familie soll begonnen werden mit Gottesfurcht und Gottesdienst, sollen Kinder wieder lernen das 4. Gebot zu halten, und daß Eltern sich der großen Verantwortung denen gegenüber bewußt werden, die ihnen zur Erziehung und Leitung gegeben sind.

„Weltzukunft und Weltvollendung.“ Dies das Thema am Samstagabend. Sehnsucht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft sind den Menschen ins Herz gegeben. Aber wie, wann und wo wird diese bessere Zukunft zur Gegenwart? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Manches Mal glauben die Menschen, der Entwicklung etwas nachhelfen und die bessere Zukunft, wenn auch mit Gewalt, herbeiführen zu müssen. Die Versuche mißglückten. (Französische Revolution, vergl. auch die Verhältnisse im heutigen Rußland, soweit sie sich übersehen lassen.) — Was sagt die Heilige Schrift von einer neuen Zukunft? Zunächst sagt sie klar und deutlich, daß die Menschen, wie sie es auch angreifen mögen, hier auf Erden kein Paradies schaffen können, daß in dieser Welt wahrer Friede und Gerechtigkeit nicht sein können. Das deshalb nicht, weil die Menschheit in der Selbstsucht und Jähzucht befangen ist und dann, weil sie noch in der Vergänglichkeit steht

und dem Tod unterworfen ist. Das ist aber nicht alles, was die Bibel sagt. Sonst wäre es tröstlos. Sie redet weiter von einem Kommen des Gottesreiches. Gott wird einmal sein Reich, an dem hier auf Erden schon die unsichtbare Gemeinde, die Gläubigen teilhaben und teilhaben dürfen, vollenden. Wie und wann Gott das tun wird, wissen wir nicht. Die Bibel gibt uns nur die Hoffnung und Verheißung, daß Gott seine Sache, die er hier auf Erden durch Christus angefangen hat, zu einem herrlichen Ziel führen wird.

Der letzte Vortrag von Volksmissionar Voss über das Thema „Das große Wagnis“ forderte mit Macht zur Entscheidung auf. Die Frage, die einst der reiche Jüngling an Jesus richtete: „Meister, was soll ich tun, daß ich das ewige Leben ererbe?“ (Marc. 10), soll auch unsere Frage sein. Die Antwort Gottes ist eine Freudenbotschaft. Er fordert nicht, er gibt zuerst, er schenkt Gnade um Gnade. Daß man aber nimmt, was er gibt, das ist das Gebot der Stunde. Alle Rücksichten, Bedenlichkeiten, Halbheiten gilt es hier wegzuschaffen. Auf Gottes große Gnadengabe hin mutet Jesus den Sünden ein freudiges Ja der Entscheidung für ihn zu. „Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben!“

Gesellenengedenkfeier in Althengstett.

Eindrucksvoll gedachte die Gemeinde Althengstett am Totensonntag ihrer Gefallenen. Am Gottesdienst beteiligten sich der Kriegerverein, Gefangenverein und Musikverein. Im Anschluß daran bewegte sich die Gemeinde in feierlichem Zug zum Kriegerdenkmal. In stiller Andacht gedachte die Menge unserer toten Helden, während die Musikkapelle spielte und der Piederkrantz mit stimmungsvollem Lied die Feier einleitete. Namens der Gemeinde legte Schulkolleg Braun mit Dankesworten einen Kranz nieder, ebenso der Vorstand des Kriegervereins, Fabrikant Petri, für die Kameraden. In feierlicher Stille präsentierten 2 Soldaten in Felduniform vor dem Denkmal, während sich die Fahnen der Vereine zur Ehrenbezeugung senkten und 3 Salven abgegeben wurden.

Der Totensonntag in Geshingen.

Der Totensonntag wurde in Geshingen in würdiger Weise gefeiert. Zum Kirchgang sammelten sich die Freiw. Feuerwehr, der Piederkrantz, der Militär- und Kriegerverein und die Musikkapelle auf dem Eintrittsplatz, von wo aus man geschlossen zur Kirche marschierte. Im Gottesdienst sand Pfarrer Reusch ernste, eindringliche Worte, die der Bedeutung des Tages gerecht wurden; die Kirche war stark besucht. Nach Schluß des Gottesdienstes sammelten sich die Vereine am Kriegerdenkmal, wo Schulkolleg Schmidt eine dem Sinne des Tages entsprechende Ansprache hielt. Piederkrantz und Musikkapelle gaben der ernsten Feier Weihe. Sie ließ den Wunsch aufsteigen: Möge das Andenken an die toten Helden die Gegensätze und Zwistigkeiten des Alltags zurücktreten lassen und zu neuer Einigkeit in dieser ernsten Zeit führen.

Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See.

Anlässlich einer im Hotel Waldhorn stattfindenden Mitgliederversammlung des Vereins am heutigen Dienstag wird die Landesvorsitzende Frau Ella Schütz-Stuttgart einen Vortrag: „Bei den Frauen der Furchlo-Indianer“ halten. Hierzu sind auch Gäste herzlich willkommen. Näheres über die Veranstaltung im Anzeigenteil.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Im Südosten liegt Hochdruck, bei Irland eine Depression. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig bedecktes, auch zu leichten Störungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Arnbach, 25. Nov. Bei der am Sonntag hier stattgehabten Ortsvorsteherwahl wurde der seitherige Amtsinhaber, Schulkolleg Penz, mit sämtlichen 388 gültig abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Von 478 Wahlberechtigten haben 387, also 81 Prozent, von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Herrenberg, 25. Nov. Unter zahlreicher Teilnahme aller Kreise konnte im Volksschulgebäude die Eröffnung der Öffentlichen Bücherei erfolgen. Sie ist eine wohlgeplante vorbildliche Schöpfung der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Landesausschuß für das vollständige Bücherwesen in Württemberg und dem Verein zur Förderung der Volksbildung.

Freudenstadt, 25. Nov. In der am Wege nach Dietzweiler gelegenen Sägmühle von Paul Bohnet (Benzingerhof) wurde am Samstagabend von Passanten eine intensive Rauchentwicklung wahrgenommen. Kurz entschlossen schlugen sie die Türe ein und versuchten mit nassem Sägmehl ein anscheinend im Entfachen begriffenes Feuer beim Vollaufgatter zu löschen. Zufällig kamen 2 Milchfuhrwerke des Weges und in den leeren Milchkanen wurde aus dem nahen Weiher Wasser herbeigeschleppt, so daß der Brand in kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Ein Eingreifen der benachrichtigten Feuerwehr Mittelsweiler war nicht mehr nötig. Die Brandursache ist noch nicht sicher ermittelt.

Gorb, 25. Nov. Der starke Autoverkehr durch unsere Stadt in der Richtung nach und von Freudenstadt fordert jetzt ein zum Glück unblütiges Opfer. Die alte, weit in die Althelmer Straße vorspringende ehemalige Klosterföhner der Franziskanerinnen soll abgebrochen werden, um den durch sie gebildeten Engpaß zu beseitigen.

Obernau, D.-A. Rottenburg, 25. Nov. Ein Raubzug, wie er wohl in unserer Gegend einzigartig dasteht, wurde kürzlich bei der im Bau begriffenen Neckarbrücke in Obernau ausgeführt. Gegen nachts 11 Uhr rückte ein Verwagener mit einem Fuhrwerk mit zwei Pferden an, lud auf der Baustelle 61 Zentner Zement auf und zog durch Bad Niedernau, wie vermutet, in Richtung Rottenburg davon. Das Stückchen ist um so verwagener, als an jener Stelle zwei Maschinisten sich beim Dampfessel aufhielten.

Tübingen, 25. Nov. Der Rohbau zur Erweiterung der neuen Aula ist in 9 Monaten fertiggestellt worden. Zum Nichtfest versammelten sich die gesamte Arbeiterschaft, die Unternehmer sowie die Gäste von Staat und Universität im Hofe des Neubaus.

Stuttgart, 25. Nov. Heute vormittag explodierte in einer Küche eines Hauses der Verdenstraße ein Kochtopf mit heißem Wasser, dem der Wohnungsinhaber, da er das heiße Wasser zu Reinigungszwecken benötigen wollte, Benzol beigegeben hatte. Hierdurch erlitten der 54 Jahre alte Wohnungsinhaber und sein 26 Jahre altes Dienstmädchen schwere Brandverletzungen im Gesicht und am Oberkörper. Beide Verletzte wurden nach dem Wilhelmshospital verbracht. Die herbeigerufene Feuerwehr 2 hat die entstandene Gefahr beseitigt.

Stuttgart, 25. Nov. Das Oberlandesgericht hat nach einer Blättermeldung in dem Prozess des Staates gegen die Schloßgartenbau A.G. wegen einer Aufwertungsforderung von 50 000 M zugunsten des Staates entschieden. Wenn nicht mit Erfolg Revision an das Reichsgericht eingelegt wird, so dürfte die Schloßgartenbau A.G. auch noch gegenüber den Aufwertungsforderungen der Henkel-Domermarschischen Verwaltung unterliegen. Die Leidtragende in diesem Prozess ist dann lehen Endes die Stadt, weil sie die Mehrheit der Aktien der Schloßgartenbau A.G. besitzt.

Stuttgart, 25. Nov. Infolge eines Landtagsbeschlusses wurde beim Wirtschaftsministerium ein Verkehrsausschuß für die Umgebung von Stuttgart gebildet. Der Landtag wählte 10 Abgeordnete in den Ausschuß; außerdem gehören ihm an zwei Vertreter des Innenministeriums, vier Vertreter des Wirtschaftsministeriums, 33 Vertreter des Polizeipräsidiums und des Stadtschultheißenamts Stuttgart, sowie der beteiligten Außenbezirke Stuttgart-Amt, Böblingen, Marbach a. N., Nürtingen, Neulingen, Tübingen und Waiblingen, endlich fünf Vertreter der Arbeiterschaft.



DER SINGVOGELSCHÜTZE

ROMAN VON PAUL GIEMOS

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(16. Fortsetzung.)

„Wenn Sie seinen Charakter kennen würden, so würden Sie ihn nicht verdächtigen.“ sagte sie warm. „Ihr Mann würde weniger optimistisch urteilen.“ erwiderte er. „Er weiß, daß die großen Verbrecher die Maske des Verbrechens glänzend zu tragen wissen.“ Er hätte gerne gewußt, wer der Arthur Bernow war dessen Bistentafel er draußen entdeckt hatte und tastete vorsichtig im Gespräch: „Bekommen Sie zur Zeit viel Besuch?“ „Die Bekannten meines Mannes nehmen sich meiner Einlamkeit sehr an.“ „Sonst niemand.“ „Ihm schien es, als ob sie einen Augenblick zögerte, dann sagte sie: „Nein!“ Er hätte sie gern direkt gefragt, wer dieser Arthur Bernow sei. Aber er wollte es sich nicht merken lassen daß er sich dafür interessierte und so wechselte er wieder die Fährte des Dialogs. „Wir wollen einmal das Verhalten Ihres Mannes von einem anderen Standpunkt aus betrachten.“ erklärte er. „Einige Leute seiner Umgebung haben erklärt daß sie seit einiger Zeit eine Veränderung in Ihrem Mann entdeckten. Keine Verstimmung. Auch keine Ueberreizung. Aber eine gewisse Nachdenklichkeit. Ist Ihnen das auch aufgefallen?“ Sie überlegte. „Nein, wo ich darauf aufmerksam gemacht werde — ja. Es war aber nichts absolut Auffallendes. Auch nichts Beunruhigendes. Mir kam es nur manchmal so vor als ob mein Mann sehr zerstreut sei. Zerstreutheit wird von vielen als Konzentration bezeichnet. Er war für den Augenblick sehr zerstreut. Ich hatte das Gefühl, als ob er sich auf eine Sache konzentrierte, die ihn sehr beschäftigte. Wenn ich mit ihm spazieren ging und eine Frage stellte konnte es passieren, daß er die Frage nicht hörte und eine solche Antwort gab, so etwa, wie wenn er über einen schmerzigen Prozess nachdenkt.“ „Und seit wann merkten Sie diese Konzentration der Zerstreutheit oder meinetwegen Zerstreutheit der Konzentration?“ „Seit — lagen wir — seit unserer Rückkehr von Meran seit Ende Februar, anfangs März.“ „Meran?“ sagte er. Diese Frage klang erkrent. Ihm fiel plötzlich der Einwand ein, daß er nicht die Denkmälerin Frau Marie Müller-Rothe ein. Blödsinnig kam es ihm vor,

als habe er persönliche Beziehungen zu Meran. Sein Ton wurde wenig amüßlich, als er fragte:

„So in Meran waren Sie? Haben Sie da auch das hübsche Fräulein Rothe kennengelernt?“

Kaum hatte er die Frage getan, als er sich lächerlich vorkam. Er kam sich vor wie jene Unschuld vom Lande, von der der Witz erzählt, daß sie einem Bekannten der nach Berlin fährt, vor dem abfahrenden Zug rufen: „Sollten Sie meine Großmutter treffen, so grüßen Sie sie.“ Wie sollte Frau Justizrat Börner ausgerechnet Frau Müller-Rothe kennen? Kennt man alle Gäste eines Badeortes?

Um so erkundeter war er über die Antwort: „Ach ja, die Frau Müller-Rothe die in Meran ihr Glück machte, wie man so zu sagen pflegt und sich den reichen Trottel holte. Ja, sie war sehr hübsch. So hübsch, daß sogar mein Mann kein Interesse für sie nicht verleihten konnte. Der einzige Grund übrigens, warum ich mich ihrer noch erinnere. Sie war nicht so bedeutend.“

„Dann kennen Sie vielleicht den Gregor Willms auch?“ fragte er aufs Geratewohl.

„Natürlich, sie lagen ja miteinander im Prozess.“

„Wer lag miteinander im Prozess?“

„Frau Müller-Rothe und der Willms. Die Sache war doch gerade das Besondere. Ich bin Kurast hatte sie doch mit Stolz erzählt daß sie ihren Prozess gegen Willms gewonnen habe.“

Er verstand nicht recht. Und das war nicht zu verstehen. Frau Justizrat Börner sprach entschieden für den Nicht eingeweihten in Mäffeln.

„Das müssen Sie mir etwas genauer erzählen. Von der Sache weiß ich noch gar nichts.“

Alle Börner konnte das Interesse Gambichtlers für den Meraner Motorradprozess nicht verstehen. Sie dachte sich: Dieser Kommisar hat einmal die Frau Müller-Rothe gern gesehen und ärgert sich daß sie den reichen Trottel geheiratet hat. Aber immerhin, erzählen wir ihm die Geschichte. Wir können Sie mir auswendig.“ Und sie berichtete: „Frau Müller-Rothe, richtiger Fräulein Rothe damals war sie erst verlobt noch nicht verheiratet gewesen, seit eines Abends in entsetzlichem Zustand nach Hause gekommen. Ihre Kleider seien zerfetzt gewesen. Ihre Hand sei blutig gewesen und im Gesicht habe sie einige Schürfwunden gehabt. Sie habe erzählt, ein Motorrad habe sie auf der Straße angefahren und ihr Leben habe an einem Faden gehangen. Ganz so schlimm sei ja noch in Wirklichkeit die Sache nicht gewesen, denn Fräulein Rothe habe sich schon nach einigen Tagen wieder erholt gehabt. Immerhin, Fräulein Rothe habe die Sache aber sehr ernst genommen und gegen den Motorradfahrer Anzeige erstattet. Seine Nummer hatte sie sich klauerweise bei dem Zusammenstoß

gemerkt. Die Polizei ermittelte den Willms als Besitzer des Motorrades. Willms hat aber geleugnet und bestritten um die fragliche Zeit auf der Landstraße gefahren zu sein. Daraufhin strengte Fräulein Rothe einen Schadenersatzprozess gegen Willms an. Willms konnte kein Alibi bringen und als ihm der Eid auferlegt wurde und er schwören sollte daß er nicht derjenige war, der mit Fräulein Rothe an dem betreffenden Abend zusammengehumpelt war, — da krebte er. Und Fräulein Rothe gewann ihren Prozess.“

Der Hammer lag in tiefes Nachdenken versunken da, als Frau Justizrat Börner ihren Bericht beendet hatte. Er bedauerte, daß der Korkzieher nicht zur Stelle war. Er ahnte einen tieferen Zusammenhang mit der Singvogelschützen-Affäre, fand ihn aber nicht.

Frau Aile aber staunte über die Nachdenklichkeit, die ihr harmloser Bericht im Gefolge hatte.

„Woran denken Sie?“ fragte sie.

Er nahm sich zusammen: „Ich überlege, was der Grund zu dem Stimmungsumschwung Ihres Mannes seit seiner Rückkehr von Meran war. Haben Sie in Meran irgend etwas Wichtiges erlebt?“

„Gar nichts.“ versicherte sie. „Das Gegenteil, es war höchst anheimlich.“

„Ihm kam ein Gedanke: „Bekehrte ihr Mann persönlich mit der Frau Müller-Rothe?“

„Was denken Sie?“ verlegte sie entrüstet. „Interessiert hat er sich zwar für die Sache, weil es amüßant war wie diese Frau mit ihrem Motorradprozess jeden belustigte. Aber irgendeine Berührung, geschweige denn mehr, hatte zwischen meinem Mann und der Frau nicht stattgefunden. Sie war doch schon verlobt.“

In diesem Augenblick unterbrach das Dienstmädchen die Unterhaltung. Es brachte einen Brief. Als Frau Aile die Aufschrift sah, wurde sie blasser. Der Kommisar bemerkte es. Aber sie hatte sich gleich wieder in der Gewalt und öffnete den Brief in einer Ruhe, die an Geistesfreiheit grenzte.

„Erlauben Sie, daß ich den Brief lese?“ fragte sie.

„Über bitte.“

Er schielte nach dem geöffneten Briefumschlag, den sie auf den Tisch gelegt hatte und stellte fest daß die Adresse in den dünnen weichen Buchstaben geschrieben war die den Schriften der Amerikaner eigen ist. Er stellte fest. Sie korrespondiert mit einem Amerikaner, der sich in Deutschland aufhält — denn die Briefmarke war eine 10-Pfennigmarke der Deutschen Reichspost — und wird blaß, wenn er etwas von sich hören läßt.

Der Brief schien sehr kurz zu sein. Frau Aile hatte die Lesefüre beendet.

„Etwas Unangenehmes?“ fragte er höflich. (Fort folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefmarken.

100 holl. Gulden	168,77
100 franz. Franken	16,47
100 schweiz. Franken	81,16

Börsenbericht.

SEB Stuttgart, 25. Nov. Die Börse lag schwach bei nachgebenden Kursen.

U. G. Berliner Produktenbörse vom 25. November.

Weizen, märkischer 245-246; Roggen, märkischer 179-181; Braugerste 187-203; Futtergerste 167-179; Hafer, märkischer 160-167; Mais, prompt Berlin 190-191; Weizenmehl 29 bis 34,50; Roggenmehl 24,75-27,50; Weizenkleie 10,25-11,40; Roggenkleie 9,25-10; Viktoriaerbsen 30-38; kleine Speiserbsen 24-28; Futtererbsen 21-22; Pelusiden 20,50-22; Ackerbohnen 19-21; Wicken 23-26; Lupinen, blaue 13,50-14,50; dto. gelbe 16,50-17,25; Rapskuchen 18,50-19; Weizenkuchen 23,00 bis 23,80; Trodenkühnel 9-9,40; Soyaschrot 18,80-18,90; Kartoffelstoden 15,40-16; Speisefartoffeln, weiße 1,80-2,20; dto. rote 2,10-2,50; dto. gelbfl. 2,40-2,70. Tendenz: Fester.

U. G. Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 25. Nov.

Anst. Weizen 27,50-32,25 (26,50-31,25); Weizen 25,50 bis 26,25 (24,75-25,25); Gerste 20-22 (20-22); Roggen (19,25 bis 19,50); Hafer 16,50-17 (16,50-17); Weizenmehl 40,25-40,75 (39,25-39,75); Brotmehl 82,25-82,75 (81,25-81,75); Kleie 9,50 bis 10 (9,25-9,75); Weizenbau 8,50-9,50 (9-10); Kleebau 10-12 (10-10,50); Stroh (4,50-5).

Auswanderndes Geld.

ep Eine Stuttgarter Zeitung berichtet von einer ein-drucksvollen Rechnung, die Dr. Kütz über die Ausgaben des deutschen Volkes für ausländische Luxuswaren aufstellte. Er berechnet, daß im letzten halben Jahr an Luxuswaren für 6,5 Millionen Zentner im Wert von 154 Mill. M. eingeführt wurden. Die Einfuhr der Bananen ist von 594 000 Ztr. in der Vorkriegszeit auf jährlich 1,7 Mill. Ztr. im letzten Jahr, die der Apfelsinen von 2,6 Mill. Ztr. auf mehr als 5 Mill. Ztr., die der Ananas von 46 000 Ztr. auf 196 000 Ztr. gestiegen. Der Branntweingenuß ist in Deutschland Gott sei Dank auf 71 Proz. der Vorkriegszeit zurückgegangen, aber noch werden 7 Mill. M. jährlich für ausländische Liköre verschwendet, 70 Mill. für zum Teil sehr minderwertige Weine, 6 Mill. für Auslandsbier. Für jährlich mehr als 11 200 Ztr. eingeführte Parfüme und kosmetische Artikel bezahlen wir fast 7 Mill. M. für feine Papierwaren 8 Mill. M. usw. Der Körper der deutschen Volkswirtschaft hat eine schwere Wunde, aus der stetig wertvollste Substanzen ins Ausland strömen.

Schweinepreise.

Bopfingen: Käufer 55-65, Saugschweine 32-47 M. - Ravensburg: Käufer 55-75, Ferkel 35-40 M. - Saugau: Ferkel 41-52 M. - Balingen: Milchschweine 32-52 M.

Fruchtpreise.

Balingen: Haber 8,80-9, Gerste 9,50 M. - Nagold: Weizen 11-13,20, Roggen 11-11,50, Gerste 10, Haber 8,50 M. - Ravensburg: Weizen 9, Weizen alt 12,50, neu 11,50-12, Roggen 9,70-10,50, Gerste 10-10,25, Haber alt 10,25-10,80 neu

7,50-8 M. - Saugau: Gerste 1-9,40, Weizen 12 M. - Umr: Weizen 11,80-12,20, Roggen 8,90-9,30, Gerste 8,80-9,10, Haber 7-8 M.

Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Die Hirsauer Fahne.

Vorkommnisse der letzten Zeit geben Veranlassung, Aufklärung zu geben über den Anlaß und den Ursprung der Sitte des Hissens einer schwarz-weiß-roten Fahne am Ottenbronner Berg. Nachdem im Lauf des Sommers die Fahne heruntergeholt und entwendet worden ist, wurde am Totensonntag entsprechend der ursprünglichen Veranlassung wieder eine neue Fahne gehißt. Die erste Fahne und seither jedes Jahr eine (eine Fahne hält infolge der Witterungseinflüsse nur 1 Jahr) wurde von einer Gruppe junger Leute zum Gedenken an ins Feld gezogene und gefallene Kameraden im Jahr 1915 aufgezogen. Jede politische Kundgebung liegt diesen jungen Leuten fern; nur die treue Kameradschaft veranlaßt dieselben, jetzt in gereiftem Alter diese schöne Sitte beizubehalten. Anstoß daran zu nehmen kann nur dem in Sinn kommen, der es nicht der Mühe wert findet, sich darüber zu unterrichten oder der absichtlich Unfrieden stiften will. Diese Zeiten sollen dazu beitragen, den Frieden zu erhalten und eine alte schöne Sitte, die Pflege der Kameradschaft, zu schützen. Dies zur endgültigen Aufklärung, da treue Kameradschaft zu Zeitungsfeinden zu heilig ist.

Württ. Volksbühne

Bad. Hof-Saal

Dienstag, 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr (Ende 5.30 Uhr)

Klein Supp, Der Weihnachtsflieger

Eine Weihnachtsgeschichte für große und kleine Kinder in 4 Bildern, von Hans Herbst
Preise der Plätze Mk. 1.50, 1.00, 0.50

Abends 8 Uhr

Katharina Knie

Ein Seiltänzerstück in 4 Akten von Karl Zuckmayer (Ende 11 Uhr)

Preise der Plätze Mk. 3.-, 2.50, 1.50

Vorverkauf

für beide Aufführungen Buchhandlung Häußler. Die Mitglieder der Theatergemeinde werden gebeten, ihre Karten ebenfalls bei Häußler abzuholen.

Pelze W. Lutz, Hirsau.

Am 1. Dezember beginnt ein

Roch-Kurs

Anmeldungen nimmt entgegen

Gustav Böhm, Küchenmeister, Gasthof zum „Schwanen“.

Es werden laufend

Fichtenzapfen

angenommen. Tagespreis Mk. 2.- per Zentner frei hier
Ch. Geigle, Nagold, Waldsamenkengankst.

Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

Gelbe Rüben Zentner 3,50 Mk.
Rote Rüben Zentner 3,50 Mk.
Zafeldpfel in verschiedenen Sorten Zentner 10-14 Mk.
100 St. starken Lauch 6 Mk.
100 St. Sellerieknollen 10 Mk.
weiße Rettiche per Stück 5 Pfg.
Pfefferminztee schöne Ware Pfd. 6 Mk.
Eindenblühte schöne Ware Pfd. 6 Mk.
Hesert
Landwirt Kimmich, Kleinsachsenheim (Württ.)

Geld
Geschäfts- u. Beamtenkredite, Hypothekengelder usw.
schnell, billig durch Interessengemeinschaft.
Näheres Postfach 120, Bad Liebenzell.

Suche
für sofort redegewandte **Herren**
zum Vertrieb einer Zeitschrift. Täglich 6-10 Mk. Verdienst. Angebote unter S. W. 278 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Der Winter klopft bald an die Tür!



kaufen Sie sich

SALAMANDER

Der Schuh, der jeder Witterung standhält
Alleinverkauf: Fr. Dongus, Calw, Telefon 161

Mittwoch, den 27. Nov. abends 8 Uhr im Andreazimmer des Vereinshauses

Männerabend

Jedermann ist herzlich willkommen.

Bad Liebenzell
Im Wege der **Zwangs-vollstreckung**
versteigere ich am **Donnerstag, den 28. ds. Mts., mittags 2 Uhr**, gegen bare Bezahlung:
1 Faß mit 166 Liter Gemäßigter Rotwein, 1 Faß mit 201 Liter Rotwein.
Zusammenkunft b. Rathaus Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dngemach.

Keilich
Bahnhofstr., Tel. 182
Neue Reapier **Walnüsse** Pfd. 70 Pfg.
Neue Num. **Walnüsse** Pfd. 55 Pfg.
Cocosnüsse Stck 50 Pfg.
Reis fleisch geröstete **Erdnüsse** Pfd. 50 Pfg.
5% Rabatt

Evangel. Buchhandlung **Carl Spambalg, Calw**
empfiehlt
Adventshäuschen, Adventstransparente, Adventsterne und -Bäumchen, Adventsampeln, Adventskalender, Adventskarten

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Chaiselongue-Decken
diese Woche zum Ausuchen in großer Auswahl bei **Fr. Hennesarth, Volkermöbellager.**
Rapok zum Füllen von Sofakissen bei Obigem.

Gesucht Mk. 10 000.—
auf 1. Hypothek aus Privatband
Objekt amtl. gesch.
Mk. 21 000.—
Verkehrswert M. 33 000.—
Angebote unter S. W. 764 durch Rudolf Wosse, Stuttgart.

Wegen Todesfall verkaufen wir am Mittwoch mittags 1 Uhr
1 Kalbin mit Kalb,
1 Rind 1 1/2 jährig.
Familie Riengle, Althengstett.
In 3 Tagen **Nichttraucher**
Auskunft kostenfrei! Sanitas-Depot, Halle a. S. 417 R.

Allgäuer Stangenkäse 20% zu 50 Pfg.
Allgäuer Romadour 20% zu 55 Pfg.
versendet unter Nachnahme in Post-Kollid und Bahnkisten von 30 Pfd. ab.
Molkerei Merrieden, Post Dietenheim.

Kerbschnitt- und Laubjägerarbeiten
für schöne Weihnachts-geschenke zeigt Ihnen mein **Schauenster.**
Kommen Sie bitte! Unverbindliche Auskunft bereitwilligst.
Hermann Fischer, Badstraße 13.

Puppen jeder Art werden repariert bei **Friseur Obermatt.**
Fischtran für Schweine empfiehlt **billigst R. Hauber**

Weltenschwann-Oberreichenbach
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 28. November 1929**, im Saalbau von **Georg Rentschler** in **Altburg** stattfindenden
Hochzeits-Feier
freundlichst einzuladen.
Friedrich Pfrommer
Sohn d. Friedrich Pfrommer, Postbote, Weltenschwann
Katharine Bolz, Oberreichenbach
Kirchgang 12 Uhr in Altburg

Neubulach-Neuweiler
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 28. November 1929**, im Gasthaus zum „Adler“ in **Neubulach** stattfindenden
Hochzeits-Feier
freundlichst einzuladen.
Johannes Dürr
Sohn des † Johannes Dürr, Bauer in Neubulach
Katharine Kübler
Tochter des Martin Kübler, Bauer in Neuweiler
Kirchgang 1/2 1 Uhr
Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen

Schömburg-Weinberg
Hochzeits-Einladung
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 28. November 1929** stattfindenden
Hochzeits-Feier
in den Gasthof zur „Post“ in **Schömburg** freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen
Johann Wacker, Schömburg
Christine Pfrommer, Weinberg
Kirchgang 12 1/2 Uhr in Schömburg

Mais **Maismehl** **Gerstenmehl** **Nachmehl** **Kleie** **Leinmehl** **Erdnussmehl** **Sojaschrot**
Melassefutter **Robmelasse** **Dorschmehl** **Fischmehl** **Fleischmehl** **Futterkalk** **Düngeralkali** **Koch- u. Viehsalz**
Otto Jung
Landesprodukte, Calw

Bestellen Sie das **Calwer Tagblatt!**